

Nachrichten aus der STAVO – Fraktion

Nr. 04/Okttober-2006

In eigener Sache

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach kurzen 3 Wochen kommt sie wieder – die kommunalpolitische Mail der SPD-Fraktion.

Sie erscheint regelmäßig jeweils dienstags in der Woche nach der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, um Euch einen Überblick über das Wichtigste aus der zurück liegenden Zeit parlamentarischer Arbeit in und für Darmstadt und seine Stadtteile zu geben. Diesmal also sehr schnell wieder, weil die Sitzungen sehr eng terminiert waren.

Das bisschen Haushalt

Bis zur nächsten STAVO bleibt jetzt etwas mehr Zeit, Zeit, die wir nutzen werden, um uns intensiv mit dem inzwischen vom Magistrat beschlossenen Haushalt auseinander zu setzen, in Fraktionsarbeitskreisen, Fachkoalitionsrunden und in der 2-tägigen Haushaltsklausur Ende November. Ihr wisst, es gibt keine „Spielräume“ mehr, die Akzente, die wir noch setzen können, werden sich nach dem richten, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

Unser Parteivorsitzender und Bürgermeister Wolfgang Glenz wird den Haushalt für 2007 in der Stadtverordnetenversammlung am 5. Dezember einbringen, die zweite Lesung erfolgt in den Ausschüssen im Januar, verabschiedet wird der Haushalt am 22. Februar in der 3. Lesung.

Jochen Partschs Antrittsrede

Nach seiner Vereidigung in der STAVO-Sitzung durch den stellv. Stadtverordnetenvorsteher (Hans-Werner Erb hat in dieser STAVO den abwesenden Vorsteher souverän vertreten) hielt Jochen Partsch (Grüne) eine glänzende Rede, in der er seine künftige Tätigkeit als Sozialdezernent in einen politisch- philosophischen Gesamtzusammenhang stellte. Seine Absage an den „Neoliberalen Mainstream“, seine Warnung vor einer „Politik als Empörungsprogramm“ und vor allem seine Erweiterung des alten Glaubenssatzes „Sozial ist, was Arbeit schafft ...“ um „ und Armut bekämpft und Chancengleichheit herstellt“, zeigt, dass dieses klassische sozialdemokratische Dezernat bei ihm in besten Händen ist.

Rahmenplan berufliche Schulen verabschiedet

Nach langem Beteiligungsverfahren ist der Schulentwicklungsplan (SEP) berufliche Schulen nun unter Dach und Fach. Er wurde schulträgerübergreifend unter Beteiligung aller relevanten Gruppen und betroffenen Schulen erarbeitet, ordnet die Darmstädter Berufsschullandschaft neu und bündelt sie auf zwei Standorte. Die Umsetzung dieses Plans wird in den nächsten Jahren eine große Herausforderung – etwa 25 Millionen Euro werden wohl gebraucht werden, um den Plan Schritt für Schritt in die Tat umzusetzen. Eine Schwachstelle in diesem Plan bleibt der Umgang mit „bildungsbenachteiligten“ Jugendlichen. Ihre Anzahl jährlich zu erfassen ist auf Antrag der Koalition als Auftrag an den Magistrat in den SEP aufgenommen worden. Welche Maßnahmen geeignet sind, dazu müssen in der nächsten Zeit verstärkt Lösungsvorstellungen entwickelt werden. Eine Aufgabe, der sich die Kommune nicht alleine stellen kann – hier steht auch die Landesregierung sowie Industrie und Handwerk in besonderer Verantwortung.

ICE-Neubaustrecke

Ausgelöst durch einen Bericht im DE kam es in dieser Angelegenheit zu einer Dringlichkeitsdebatte. Oberbürgermeister Walter Hoffmann hatte über ein Gespräch mit Bahnchef Mehdorn, das schon im Juni 2006 in Berlin stattgefunden hatte berichtet und Bereitschaft, bei guten Argumenten ernsthaft über eine Bypass-Regelung (Anschluss über Nebengleise) für Darmstadt nachdenken zu wollen. Ein Dringlichkeitsantrag der Koalition dazu wurde einstimmig verabschiedet, der festhält, dass „ die Führung der Neubaustrecke zweigleisig durch den Darmstädter Hauptbahnhof sicherzustellen ist“, wie es der Beschlusslage der Kommunalparlamente, der Region, des Landes und des Bundes entspricht. So wird die Bahn u.a. aufgefordert „sich vertraglich zu verpflichten, einen bestimmten Anteil von ICE-Halts im Darmstädter Hbf zu gewährleisten und den Widerspruch zu ihrer bisherigen Argumentation zu erklären, „die Neubaustrecke würde die Riedbahntrasse entlasten, die dann erhöhten Güterverkehr aufnehmen könne.“ Der Verlauf der Debatte und die einvernehmliche Beschlussfassung lässt die Stadt gestärkt in die weiteren Verhandlungen mit der Bahn AG gehen.

Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden

Mit dem Beschluss ab sofort in allen öffentlichen Gebäuden in Darmstadt das Rauchen zu untersagen, hat das Stadtparlament eine Vorreiterrolle unter den hessischen Kommunen eingenommen. Ab sofort sind das Rathaus, Ämter, Turnhallen und die Bürger- und Kongresshäuser usw. Nichtraucherzonen. Damit unternimmt die Stadt einen aktiven Beitrag zur Gesundheitsprophylaxe ihrer Bürgerinnen und Bürger. Es bleibt zu hoffen, dass bald eine bundeseinheitliche Regelungen für alle Bereiche des öffentlichen Lebens, d.h. insbesondere für Gaststätten kommt. Auch das unerwartet große Medienecho auf den von unserer Fraktion initiierten Beschluss war durchweg positiv.

Fragen, Anregungen, Hinweise

Soweit in aller Kürze für dieses Mal. Wenn Ihr Fragen, Anregungen und Hinweis habt, gebt uns Bescheid, ebenso wenn ihr noch jemanden wisst, der in den Verteiler aufgenommen werden soll.

Wir freuen uns über jede Rückmeldung!

Fraktionsbüro:

Bad Nauheimer Straße 4

64289 Darmstadt

Tel.: 06151.2790270

Fax: 06151.2790271

Die nächsten Nachrichten aus der STAVO-Fraktion erscheinen am 12. Dezember 2006.

Hanno Benz
Fraktionsvorsitzender

Michael Hüttenberger
Schriftführer